

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 20/16 ~
TTIP



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Sämtliche Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen* (TTIP) fanden unter völliger Abschottung gegenüber der Öffentlichkeit statt. Nur in dem Maße, wie vertrauliche Verhandlungsinhalte durchsickerten und Licht in dieses bewusst verdunkelte Vorhaben fiel, konnte sich ein immer stärkerer Widerstand in der Fachwelt und Bevölkerung gegen dieses Freihandelsabkommen formieren. Warum? TTIP ist ein Abkommen, das vornehmlich auf Gewinn und rechtliche Vorteile der globalen Finanzeliten und deren multinationale Konzerne abzielt.

Bereits jetzt gibt es Prognosen, die „verheerendste“ Folgen für die Bevölkerung Europas voraussagen. Auch wenn jetzt die EU-Kommission scheinbar mehr Transparenz in die Verhandlungen zu TTIP bringen will, ist die Berichterstattung seitens Politik und Medien weitestgehend irreführend. Dies reicht von der übertriebenen Darstellung der angeblich positiven Effekte von TTIP bis hin zur Desinformation über die weitreichenden Konsequenzen, die uns durch TTIP drohen. Ziel dieser Ausgabe ist es, als Gegenstimme möglichst umfassend über die verschwiegenen Inhalte und Konsequenzen von TTIP zu informieren.

Die Redaktion (hag.)

*TTIP ist ein aktuell verhandeltes Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA

TTIP – es geht um mehr als nur um Freihandel

hag. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein Freihandelsabkommen, das die USA seit 2013 mit der europäischen Kommission verhandeln. Der dadurch geschaffene Wirtschaftsraum soll ungefähr ein Drittel des globalen Waren- und Dienstleistungshandels umfassen und mehr als 800 Mio. Menschen

betreffen. Offiziell erklärtes Ziel von TTIP ist es, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks stärker zu öffnen, den Handel anzukurbeln und damit mehr Wohlstand und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch bedeutet TTIP letztlich eine Neuformierung und Stärkung des westlichen Machtblocks und gleichzeitig eine Ausgrenzung von Staaten

wie Russland und China. Denn TTIP vertieft nicht nur die transatlantische Rüstungskoooperation; durch den Ausbau der transatlantischen Energiekooperation soll die EU weniger Öl und Gas aus Russland beziehen. TTIP zementiert so die Blockbildung und kettet die EU wirtschaftlich, militärisch und politisch an die Zielgebung der US-Regierung. [1]

Hat TTIP verheerende Folgen für die EU?

svb./gha. Eine unabhängige Studie zu den Folgen des TTIP-Vertrages, erstellt vom „Institut für globale Entwicklung und Umwelt“ an der amerikanischen Tufis-Universität, kommt für die EU zu einem verheerenden Ergebnis. Dieser Studie zufolge würden in allen EU-Ländern durch TTIP die Exporte sinken. Der Hauptgrund dafür sei der verstärkte Wettbewerb mit US-Produkten, die durch das niedrigere Lohnniveau in den USA billiger angeboten werden könnten. Durch den Rückgang der Exporte käme es bis 2025 in Europa zum Verlust von insgesamt 583.000 Arbeitsplätzen, sowie zu einem Rückgang der

Bruttoinlandsprodukte, der Steuereinnahmen und auch der Nettohaushaltseinkommen. Davon wären vor allem Deutschland, Frankreich und die nordeuropäischen Staaten betroffen, deren wirtschaftliche Entwicklung sehr stark von Exporten in die anderen Länder der EU abhängt. Erheblich ansteigende Staatsverschuldung, wirtschaftliche Instabilität und Wellen von Sparprogrammen, wie wir sie von den südeuropäischen Staaten kennen, würden dadurch auch in diesen Ländern zur traurigen Realität werden. Die USA dagegen würden nach dieser Studie von TTIP in allen Bereichen profitieren, genauso wie die multinationalen

Konzerne und die Finanzeliten. Jeder EU-Politiker, der diese Studie ignoriert und TTIP nicht ernstlich hinterfragt, handelt daher kriminell verantwortungslos an der EU-Bevölkerung. [2]

„Wenn der Staat Pleite macht, geht natürlich nicht der Staat pleite, sondern seine Bürger.“

Carl Fürstenberg,
dt. Bankier, 1850–1933

Schiedsgerichte – verfassungswidrig?!

ang. Die im TTIP-Vertrag vorgesehenen Schiedsgerichte ermöglichen es privaten Firmen, Staaten zu verklagen, wenn sie befürchten, dass Gesetzesänderungen ihre erwarteten Gewinne oder auch schon Gewinnprognosen gefährden. Gerade deshalb stehen sie stark in der öffentlichen Kritik. Jetzt schalten

sich renommierte Rechtswissenschaftler und Juristen zunehmend in die Debatte um die Schiedsgerichte ein, so z.B. der Wiener Rechtsprofessor Erich Schweighofer, die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, Dr. Markus Krajewski und Prof. Dr. Siegfried Broß – ein ehemaliger Richter am Bun-

desverfassungsgericht. Ihm zufolge bedeuten diese Schiedsgerichte den Verlust staatlicher Souveränität, da nicht eine rechtsstaatliche, sondern eine parallele und zugleich autonome Rechtsordnung geschaffen werde. Diese umgehe das deutsche Rechtssystem. Aus seiner Sicht

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.divan-ev.de/eu-freihandelsabkommen/ttip-ein-jobmotor/ | www.youtube.com/watch?v=bIUunzLVzmA
[2] <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/11/14/unabhaengige-studie-ttip-vernichtet-in-europa-583-000-arbeitsplaetze/> | <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/11/16/ttip-und-lohn-dumping-usa-wollen-deutschland-maerkte-in-europa-abjagen/> | <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43419/1.html>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

sind diese Schiedsgerichte daher verfassungswidrig. Werden diese Warnungen von der Politik nicht beachtet, stehen offensichtlich andere Interessen als die Souveränität und der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund. [3]

„Das Gesetz ist dazu da, Menschen zu retten, nicht um sie zu vernichten.“

John Steinbeck, US-Autor, 1902–1968

Schiedsgerichte sind bereits Standard im internationalen Recht!

gha. Im Zentrum der Kritik am Freihandelsabkommen TTIP stehen die Schiedsgerichte, mit denen der Investorenschutz vertraglich abgesichert werden soll. Weitestgehend unbekannt ist, dass z.B. Deutschland jetzt schon 129 Investitionsschutzabkommen abgeschlossen hat, von denen 85 eine Klagemöglichkeit von Unternehmen vorsehen. Gemäß einem UN-Abkommen erkennen global rund 150 Staaten Schiedssprüche und ihre Vollstreckung an. Etwa 90 % aller größeren internationalen Verträge enthalten solche Klauseln!

Auch sind bereits viele Richter in Deutschland als Richter in privaten, nicht öffentlichen Schiedsgerichten tätig. Das heißt, es besteht in Deutschland und weltweit jetzt schon eine Parallelnorm, die durch TTIP dann zur vollen Entfaltung kommt! Der Koordinator dieser Schattenjustiz in Deutschland ist die Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS). DIS ist ein eingetragener Verein zur Förderung der deutschen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. DIS vermeldete bereits im Jahr 2011 über 150 Schiedsgerichts-

verfahren mit einer Klagesumme von fast vier Milliarden Euro. Weltweit sind bereits 500 Schiedsgerichtsverfahren bekannt, die durch Freihandelsabkommen ermöglicht wurden! Der Investorenschutz ist also längst Standard im internationalen und deutschen Recht geworden! Gemäß kritischen Beobachtern haben Politiker vorbei an den Bürgern quasi durch die Hintertür ein System geschaffen, durch das die globale Finanzelite nicht nur allein den Gewinn abschneidet, sondern auch Macht über die nationalen Staaten erhalte. [4]

Konzerne und die USA bestimmen künftig unsere Gesetzgebung

bu. Vertrauliche Verhandlungsdokumente zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) machen deutlich, dass es keinesfalls nur um den Abbau von Zöllen und anderen Handelsbarrieren geht. Und zwar werde von der EU-Kommission ein „Gremium für regulatorische Zusammenarbeit“ gefordert. Das solle Gesetzgebungsverfahren in wirtschaftlichen Bereichen „harmonisieren“ und „koordinieren“. Dies bedeute praktisch, dass

Wirtschaftskonzerne und die USA künftig in jedem Land der EU bei der Gesetzgebung ihre Interessen direkt mit einarbeiten lassen könnten. Schon jetzt beklagt die deutsche Politikerin und ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Dagmar Roth-Behrendt, eine erschreckend lobbyistische Vorgehensweise hoher EU-Beamter: Sie forderten nämlich das EU-Parlament auf, schon jetzt neue Lebensmittelgesetze durchzuwin-

ken, um Komplikationen bei den TTIP-Verhandlungen zu vermeiden. Gemäß kritischer TTIP-Experten habe der Abschluss des TTIP-Vertrages zur Konsequenz, dass durch die Gesetzgebung unsere hohen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards leicht ausgehebelt werden können. Alle Versprechungen der Politik, dass diese Standards durch TTIP nicht angetastet werden, seien demnach reine Makulatur! [5]

Schlusspunkt •

Im Widerstand gegen TTIP schlossen sich bisher 470 Organisationen zur erfolgreichsten europäischen Bürgerinitiative „STOPP TTIP“ zusammen. Bis zum 7.10.2015 sammelten sie 3,26 Millionen Unterschriften gegen TTIP. Die beeindruckende Großdemonstration gegen TTIP in Berlin am 10. Oktober 2015 zählte bis zu 250.000 Teilnehmer. Sie war damit die größte deutsche Demonstration seit 2003, als 500.000 Menschen gegen den drohenden Irakkrieg auf die Straße gingen. Die politischen Vertreter und die EU-Kommission zeigen sich davon jedoch völlig unbeeindruckt und treiben die Verhandlungen zu TTIP zielstrebig weiter voran. Um das zu stoppen, braucht es daher den Widerstand der ganzen Bevölkerung!

Deshalb: Verbreiten Sie diese S&G-Sonderausgabe und helfen Sie, die zumeist desinformierten Menschen aufzuwecken.

Die Redaktion (hag.)

TTIP – der Baustein zu einer US-Weltordnung

gha. In einem vertraulichen deutschen Regierungsprotokoll über die TTIP-Verhandlungen werden die Befürchtungen deutscher Regierungsvertreter offenbar, dass durch das geplante Freihandelsabkommen die Abgeordneten bei wichtigen Fragen künftig außen vor bleiben. Hintergrund dazu ist, dass der TTIP-Vertrag als ein so genanntes „living agreement“ geplant sei.

Dies bedeutet, dass auch nach abschließender Zustimmung zum TTIP-Vertrag durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, dieser stetig weiterentwickelt werden soll. In Expertenausschüssen, wie dem „Rat für regulatorische Zusammenarbeit“, können somit weitreichende Ergänzungen und Änderungen an dem Vertragswerk vorgenommen werden, ohne

dass die Parlamente gefragt werden. Laut dem Regierungsprotokoll entstehe durch die geplante Struktur zur Weiterentwicklung des Vertrages nicht nur der Eindruck der Schaffung einer transatlantischen Behörde! Dies dokumentiere zudem deutlich, dass es sich bei TTIP um einen großen Schritt hin zu einer US-amerikanischen Weltordnung handelt. [6]

Quellen: [3] <https://stop-ttip.org/de/blog/investorenschutz-ist-verfassungswidrig/> **[4]** www.wiwo.de/unternehmen/industrie/schiedsgerichte-fehlende-oeffentliche-einsicht/8126350-3.html | www.wiwo.de/unternehmen/industrie/schiedsgerichte-justitia-verzieht-sich-ins-hinterzimmer/8126350-2.html | www.wiwo.de/unternehmen/industrie/schiedsgerichte-justitia-verzieht-sich-ins-hinterzimmer/8126350.html **[5]** www.lobbycontrol.de/2015/01/ttip-verhandlungsdokument-zeigt-deutlich-eu-verhandlungsposition-hoehlt-demokratie-aus/ | www.rdeutsch.com/10284/international/kein-gesetz-in-eu-laendern-ohne-zustimmung-der-usa-ttip-macht-es-moeglich/ **[6]** www.foodwatch.org/de/presse/pressemitteilungen/geleaktes-dokument-zu-ttip-verhandlungen-beweist-bundesregierung-sieht-gefahr-der-entmachtung-der-parlamente-durch-zukuenftige-regulierungskooperation/

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 19.4.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



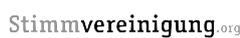
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv